

## SPP „Switzerland – Towards the Future“ (phase 2): Final Report 2003

**Module:**

SPP-Zukunft Schweiz:  
Modul: Institutioneller Wandel

Project Number: 5004-

058514/1

Critical junctures. An international comparison of institutional reforms.

Project Title

Prof. Dr. Klaus Armingeon  
Universität Bern

Project Leader (Main Applicant): Name, Institution, Place

Co-applicants

Start of Project:

1.4.2000

End of Project:

31.12.2002

Number of Researchers Involved:

PhD-Students:

1

Postdocs:

Technicians:

Others:

SPP – Zukunft Schweiz: Modul Institutioneller Wandel

**Schlussbericht** - Projekt Nr. 5004 – 058514/1

‚Critical junctures. An international comparison of institutional reforms ‚

## **I Bisher geleistete Arbeit und Stand des Arbeitsprogramms**

### **Übersicht**

Das Projekt beschäftigte sich mit der Frage, unter welchen Bedingungen substantielle Reformen der politischen Systeme westlicher Industriestaaten möglich sind. Als substantielle Reformen gelten politische Reformen, welche zu einem Wandel der grundlegenden Regeln und Ziele zentraler nationaler politischer Institutionen (horizontale und vertikale Struktur der Regierung, System der Interessenmediation, Wohlfahrtsstaat und Interventionsstaat) führen. Die zentrale These war, dass die Wahrscheinlichkeit für solche Reformen dann am höchsten ist, wenn sowohl ein interner Druck und ein politisches Potential zur Reform besteht, wie auch externe Entwicklungen auftreten, die einen solchen Wandel unterstützen – ‚*Critical Junctures*‘.

Empirisch verfolgte das Projekt zwei grosse Teilziele. In einem ersten Schritt ging es darum, substantielle politische Reformen mit Hilfe von quantitativen Indikatoren sowie Informationen aus der Literatur zu identifizieren. In einem zweiten Schritt, sollte festgestellt werden, ob die identifizierten Reformen tatsächlich dann stattfanden, wenn eine kritische Konstellation sowohl von äusserem Druck (z.B. durch die Europäisierung oder die Globalisierung) wie auch nationaler Reformfähigkeit und Reformbereitschaft gegeben ist. Vorgesehen war, die *Critical Junctures* These mittels der *QCA*-Methode (*Qualitative Comparative Analysis*) an den fünf ausgewählten Reformfeldern zu testen. Dies hätte vorausgesetzt, dass es eine grössere Anzahl von grundlegenden institutionellen Reformen gibt, die zeitlich klar bestimmbar sind. Beispiele sind die Gewerkschaftsgesetze der Regierung Thatcher in Grossbritannien oder die Einführung des proportionalen Wahlrechts in Neuseeland. Freilich zeigten unsere Analysen, dass es zwar einen beträchtlichen institutionellen Wandel gibt. Dieser ist jedoch pfadabhängig und vollzieht sich über einen längeren Zeitraum, wobei Anfangs- und Endzeitpunkt nicht eindeutig identifiziert werden können. Wir können zeigen, dass im Untersuchungszeitraum eine Reihe institutioneller Optionen immer schwerer für Regierende greifbar wurden, während die Verwirklichung von anderen Optionen viel einfacher wurden, als zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Ein Beispiel für schwer verwirklichtbare Optionen ist die klientelistische Konkordanzdemokratie, wie sie in Oesterreich besonders stark ausgeprägt war; ein Beispiel für Optionen mit wenig Realisierungshindernissen sind unabhängige Zentralbanken. Damit hat sich für das Projekt das Problem ergeben, dass Reformen nicht als einmalige und zeitlich eng begrenzte Ereignisse, sondern als langfristige Wandlungsprozesse zu konzeptualisieren sind. Die Pfadabhängigkeit dieses Wandels bewirkt, dass sich die relative Position der Länder hinsichtlich der jeweiligen Institution nur wenig ändert; das ‚Auslaufen‘ bestimmter Optionen verursacht eine begrenzte Konvergenz. So wächst beispielsweise in allen Ländern der Wohlfahrtsstaat (gemessen als Sozialausgaben in % BSP) nach 1970s und wird in den 1980er und 1990er Jahren auf hohem Niveau konsolidiert oder sogar noch ausgebaut. Dabei werden die jeweiligen Ziele und Instrumente der Expansionsphase bis zu den 1970er Jahre als Kern erhalten, aber Extreme werden abgeschliffen. Dazu gehören beispielsweise Finanzierungsformen wie die weitgehende Abstützung auf Steuern.

In Übereinstimmung mit diesen Befunden haben die NF-Experten anlässlich der Präsentation der Zwischenergebnisse argumentiert, Reformprozesse seien komplex, prospektive Anpassungen an erwartete Herausforderungen seien zu berücksichtigen und ein differenzierteres Analysekonzept für Reformen sei zu entwickeln (Experte 1). Das Projekt sei angesichts dieser Befunde so einzugrenzen, dass die Machbarkeit gegeben sei (Experte 2). Und schliesslich sei theoretisch zu reflektieren weshalb, es weder grosse institutionelle Veränderungen noch ‚critical junctures‘ gegeben habe (Experte 3). Im Anschluss an unsere eigenen Befunde und die Kritiken der Experten folgte daraus die Schwerpunktsetzung im Sinne einer differenzierteren Analyse von langfristigen institutionellen Reformprozessen. Vorerst zurückgestellt wurde deshalb das Programm, die Reformen von mehreren Institutionen – Korporatismus, Konkordanz, Wohlfahrtsstaat, Föderalismus -- im internationalen Vergleich zu analysieren.

Wir haben uns deshalb auf nur einen institutionellen Wandlungsprozess konzentriert und die Projektmitarbeiterin hat sich ausschliesslich mit diesem Thema befasst. Dabei handelte es sich um geldpolitische Institutionen. Durch die Eingrenzung der Reformvorhaben auf paradigmatische Veränderungen in der Geldpolitik und die qualitativ ausgerichtete Datenerhebung gelang es die ‚Wendepunkte‘ zu identifizieren, die Aussagen über das Zusammenspiel von internen und externen Reformfaktoren ermöglichen (Teilstudie ‚geldpolitische Reformen‘). In der Tat findet sie, dass selbst in diesem stark internationalisierten Politikfeld der Reformdruck durch die Globalisierung der Märkte und die Europäische Integration allein die Reformpfade nicht erklären kann. Diese Faktoren erklären zwar teilweise die unternommenen Reformanstrengungen, Zeitpunkt und Form der Reformen lassen sich jedoch nur erklären, wenn auch der nationale politische Kontext mitberücksichtigt wird.

Die Entscheidung, sich auf eine institutionelle Reform zu konzentrieren, bedeutet allerdings nicht, dass die vergleichende Analyse von mehreren Reformen völlig aufgegeben wurde. Der Projektleiter verfolgt dieses Thema weiter im Anschluss an dieses Projekt weiter (Teilstudie ‚Muster institutioneller Reformen‘).

In der Folge wird detaillierter auf die verschiedenen Projektarbeiten eingegangen: (1) Analyserahmen und Theorieentwicklung, (2) Datenerhebung, (3) Ergebnisse der Teilstudie ‚geldpolitische Reformen‘, (4) Ergebnisse der Teilstudie ‚Muster institutioneller Reformen‘, Der Bericht schliesst mit Bemerkungen zur Implementation und einer Auflistung der im Rahmen des Projekts verfassten Konferenzpapiere und Publikationen.

### **(1) Analyserahmen und Theorieentwicklung**

Ältere Reformkonzeptionen lassen sich in eine funktionalistische und eine pluralistische Sichtweise unterteilen. Gemäss der funktionalistischen Sichtweise orientiert sich die Ausgestaltung politischer Institutionen an den Notwendigkeiten, die sich aus den Umweltbedingungen ergeben – Reformen finden demnach statt, wenn sich die Umweltbedingungen verändern und dabei eine Nachfrage nach Reformen auslösen. Demgegenüber ist die pluralistische Sichtweise angebotsorientiert. Sie geht davon aus, dass Institutionen je nach Ausgestaltung unterschiedliche soziale Gruppen bedienen, und somit die Frage, welche Reformen das politische System anbietet, von der politischen Machtverteilung abhängt. Unsere Grundthese ist im Bereich der neuen institutionellen Theorien (*New*

*Institutionalism*) anzusiedeln. Gemäss dieser Sichtweise sind sowohl funktionalistische, wie auch pluralistische Ansätze verkürzt, weil sie die Charakteristiken von Institutionen zuwenig berücksichtigen. Die InstitutionalistInnen heben die Tendenz zu Stabilität und pfadabhängiger Entwicklung hervor, welche grosse Veränderungen nur unter ganz bestimmten Umständen – *Critical Junctures* – zulassen. Zudem weisen sie auf die wichtige Rolle institutioneller Hürden bei der Umsetzung von Parteipolitik hin.

Die Stärke institutionalistischer Argumente liegt insbesondere darin, dass sie plausible Erklärungen liefern, warum es keine lineare Beziehung zwischen grossen ökonomisch-gesellschaftlichen Umwälzungen oder politischen Machtwechseln und politischen Reformen gibt. Gegenüber den älteren Theorien sind die neuen institutionalistischen Ansätze insofern im Nachteil, als dass sie einerseits relativ komplexe, schwierig zu testende Zusammenhänge unterstellen und zudem eher deskriptiven Charakter haben. So eignet sich beispielsweise das Konzept der Pfadabhängigkeit zwar zum Beschreiben institutioneller Dynamiken, es beinhaltet aber noch keine Erwartungen in Bezug auf die Faktoren, welche die Richtung des Pfades bestimmen. Hierfür greifen die InstitutionalistInnen in der Regel wieder auf die funktionalistischen und pluralistischen Sichtweisen zurück. Der Anspruch dieses Projekts war es denn auch einen präzisen Begriff der ‚*Critical Juncture*‘ zu entwickeln, indem wir das Zusammenspiel von äusseren Reformnotwendigkeiten, politischen Kräfteverhältnissen, sowie die institutionellen Rahmenbedingungen und Dynamiken in den Vordergrund rückten. Mit diesem Anspruch bewegte sich unser Projekt in einem hochaktuellen Forschungsfeld der vergleichenden Politikwissenschaft, mit der sich insbesondere auch die moderne Globalisierungs- und Europäisierungsforschung intensiv beschäftigt<sup>1</sup>. Während der Projektphase hatten wir Gelegenheit an verschiedenen Konferenzen und Seminaren teilzunehmen, an denen wir unsere Konzepte zur Diskussion stellen konnten, und auch neue Inputs bekamen.

## (2) Daten

Im Rahmen unserer Projektes haben wir zwei Datensätze erstellt bzw. ergänzt und aufdatiert.

(a) *Comparative Political Data Set (CPDS)*. CPDS ist ein Datensatz, der in einem vorhergehenden NF-Projekt begonnen wurde und der politisch-institutionelle, politische, sozioökonomische und demographische Indikatoren aus 22 OECD-Ländern im Zeitraum von 1960 bis 2000 beinhaltet. Dieser Datensatz wurde im Rahmen der Projektarbeiten ergänzt und aktualisiert. Er enthält nun die wichtigsten Indikatoren aus der international vergleichenden Politikforschung, sowie umfangreiche Daten zur parteipolitischen Zusammensetzung von Parlamenten und Regierungen. Der Datensatz ist über das Internet zugänglich und die Daten sind so aufbereitet, dass andere Forscher problemlos damit arbeiten können. Dies wird auch gemacht, wie wir aus häufigen Rückmeldungen schliessen. Auch werden die Daten an Methoden-Kursen (z.B. Essex) zu Instruktionzwecken verwendet. CPDS wird sowohl für die Analysen im Projekt Armingeon/Bonoli/Bertozzi als auch im Projekt Armingeon/Beyeler benutzt.

(b) Beim Datensatz zu geldpolitischen Veränderungen handelt es sich um eine Zusammenstellung von Reformen in der Geldpolitik. Diese umfasst sowohl die einschneidenden Gesetzesreformen, wie auch Neuausrichtungen in der Implementation und der geldpolitischen Praxis. Die Zusammenstellung basiert auf drei Elementen: (1) quantitativen Informationen bezogen auf Inflations- und Wechselkursindikatoren, (2)

---

<sup>1</sup> Eine theoretisch unterbelichtete Frage ist in diesem Zusammenhang die Abgrenzung der Effekte von Europäisierung und Globalisierung auf nationale Strukturen. Die Projektmitarbeiterin schätzt hierzu in einem Artikel im *Journal of Global Social Policy* (erscheint im Sommer 2003) eine analytische Trennung der Effekte politischer Entscheide auf der internationalen Ebene von den Effekten internationaler Marktentscheidungen vor. Dies erlaube einerseits eine Unterscheidung der beiden Prozesse, andererseits aber auch eine klarere Formulierung von Hypothesen bezüglich ihres Einflusses auf nationale Strukturen und Politiken.

qualitativen Informationen aus den periodisch erscheinenden Länderberichte (country surveys) der OECD für alle 22 Länder über die Periode 1979-1999, und (3) qualitativen Informationen aus der Sekundärliteratur und Zentralbankendokumenten. Die Daten liegen in Form von kurzen Text-Überblicken vor, welche die zentralen Entwicklungen in den 22 Ländern nachzeichnen, sowie als zusammenfassende Tabellen.

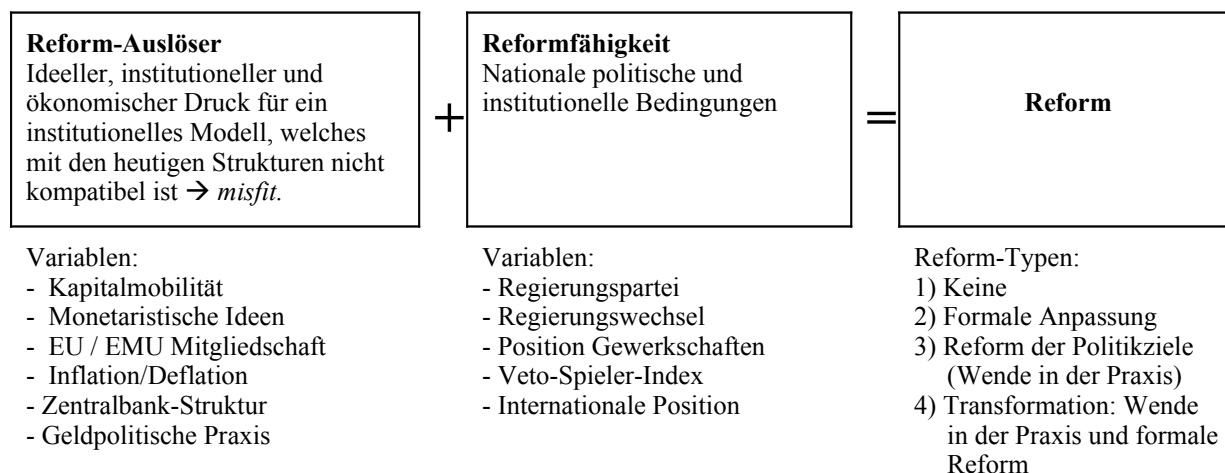
## **II Ergebnisse**

### **(3) Ergebnisse der Teilstudie ‚geldpolitische Reformen‘**

Grundsätzlich haben alle in der Studie berücksichtigten Länder, die zu Beginn der Untersuchungsperiode 1979 eine an Wirtschaftswachstum und Beschäftigung orientierte Geldpolitik betrieben haben, einen Wandel hin zu einer dem Ziele der Preis- und/oder Währungsstabilität verpflichteten Politik durchgemacht. 1999 hat sich also die Nichtakkommodation als dominantes Politikmodell durchgesetzt. Trotzdem gibt es klare Unterschiede in den Reformpfaden und den konkreten Ausgestaltungen der Politikinstrumente. Diese Betreffen insbesondere die Zeitpunkte (kurz nach den Ölkrisen, Ende 80er/Anfang 90er, Späte 90er Jahre), die Radikalität mit der das neue Modell eingeführt wurde (kurz aber schmerzhaft bis zu langwierigen Prozessen, mit vielen Rückschlägen), sowie die Formalisierung des neuen Modells (kaum Änderungen bis erhebliche legale Anpassungen der Zentralbankgesetze). Dieser letzte Punkt ist auch deshalb interessant, weil der legale Status der Zentralbank sowohl in der ökonomischen wie auch politikwissenschaftlichen Literatur häufig als einziger und wichtigster Indikator für das geldpolitische Regime verwendet wird. Die Studie bestätigt bereits von anderen Autoren geäußerte Zweifel an diesem Vorgehen. Nur in wenigen Fällen veränderte sich die geldpolitische Praxis nach oder parallel zu einer Zentralbankreform. Viel häufiger ist jedoch das Muster, dass eine Gesetzesänderung erst Jahre später oder gar nicht erfolgte.

Die Grundthese der Studie lautet, dass die unterschiedlichen Reformmuster eine Folge der Unterschiede in den Reformbedingungen sind, also der Reformauslöser (Ökonomischer Druck aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung, Europäisierung) und der nationalen politischen und institutionellen Reformfähigkeit.

Die Untersuchung basiert auf folgendem Analysemodell:



Um die Grundthese zu prüfen, wurden die Reformkonstellationen über die Zeit herausgearbeitet und gemäss der QCA-Logik analysiert. Um notwendige Reformbedingungen zu identifizieren, wurden zuerst die Gemeinsamkeiten der Reformfälle gesucht. Dabei zeigte sich, dass es nur in Ländern, die zuvor eine akkommodierende Geldpolitik verfolgt haben, zu einer grundsätzlichen Praxisänderung kam. Wurde das Preisstabilitätsziel einmal erreicht, gab es keinen über längere Zeit andauernden Kurswechsel mehr. Daraus lässt sich schliessen, dass Systeme mit preisstabilitätsorientierter Geldpolitik kaum einen starken Reformdruck spürten. Dasselbe gilt für die legalen Rahmenbedingungen. Auch hier gab es nur Reformen in Richtung mehr Zentralbankunabhängigkeit.

Andere für alle Fälle geltende Reformauslöser gibt es nicht. Die Reformen sind sowohl vor wie auch nach der Öffnung der Kapitalmärkte durchgeführt worden. Dies deutet darauf hin, dass nicht unbedingt die wirtschaftliche Globalisierung der zentrale Reformanreiz war, sondern auch die Schwierigkeiten der nationalen Regierungen das Inflationsproblem durch eine korporatistische Lohnpolitik in den Griff zu bekommen. Die Tatsache, dass verschiedene Reformen von linken, explizit keynsianisch orientierten Regierungen (z.B. Mitterrands Kurswechsel 1983) initiiert worden sind, lässt zudem an der These zweifeln, dass die Verbreitung monetaristischer Ideen ein notwendiger Reformauslöser war.

Die zentralen Erklärungsfaktoren für die unterschiedlichen Reformpfade sind auf der Ebene der nationalen politischen Systeme zu suchen. Um hierzu Aussagen machen zu können, wurden die ‚positiven‘ Fälle (Reformkonstellationen) mit den relevanten ‚negativen‘ Fällen (Konstellationen mit akkommodierender Geldpolitik) verglichen. Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In den Fällen, wo es zu einer abrupten Wende kam, folgte der Kurswechsel immer auf eine Wechselkurs- und / oder Wirtschaftskrise. Dies bestätigt ältere Thesen und Beobachtungen, wonach Krisen eine Verschiebung sozialer Koalitionen fördern und somit die Reformwilligkeit und Reformfähigkeit von Regierungen beeinflussen.
- Sozialdemokratische Regierungen tendieren zu radikaleren Reformpfaden und favorisieren eher eine Formalisierung in Zentralbankgesetzen. Eine Erklärung für diese Tendenz ist, dass linke Regierungen mehr tun müssen, um einen Wechsel glaubwürdig zu initiieren. Auf der anderen Seite waren es teilweise linke Regierungen, die einen Kurswechsel herbeiführen konnten, den ihre konservativen, rechten Vorgänger vergeblich angestrebt hatten. Es sieht so aus, als gäbe es hier gewisse Parallelen zu wohlfahrtstaatlichen Reformen. Auch in diesem Bereich sind oft linke Reformvorhaben am ‚erfolgreichsten‘ (vgl. hierzu auch das Papier von Armingeon, Beyeler und Binnema),

weil die sozialdemokratischen Regierungen eher das Vertrauen bei den sozialen Gruppen haben, die den Neuerungen am skeptischsten gegenüber stehen.

- Bei den institutionellen Reformhürden (z.B. Anzahl der Vetospieler) weichen hingegen die Resultate von den Befunden von Studien in anderen Politikbereichen ab. Die Erwartung, dass Reformen der Zentralbank-unabhängigkeit besonders in Konstellationen mit niedrigen institutionellen Hürden und wenigen Veto-Spielern stattfinden, kann so nicht bestätigt werden. Dafür gibt es drei Erklärungen. Erstens sind, wie erwähnt, Gesetzesreformen oft ‚nur‘ die Formalisierung einer Politikpraxis, die sich bereits etabliert hat. Zweitens sind es gerade die Länder, die im internationalen Vergleich am meisten institutionelle Reformhürden aufweisen, wie die Schweiz und Deutschland, die als Hartwährungsländer keinem Reformdruck spürten. Und drittens, gilt es um die Reformzeitpunkte zu erklären, vor allem auch die Dynamiken der internationalen Integration, insbesondere die Europäische Währungsunion (EWU) zu beachten (siehe dazu den nächsten Punkt).
- Die internationale Integration der Kapitalmärkte hat zweifellos die Möglichkeiten einer nationalen Geldpolitik verringert und die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit gestärkt. Es wäre aber falsch, die Entwicklungen in der Geldpolitik rein auf Globalisierungs- oder Europäisierungsdruck zurückzuführen, der den Staaten keine andere Wahl liess als zu einer monetaristischen Geldpolitik überzugehen und die Geldpolitik die Zentralbanken zu delegieren. Diese, gerade im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion (EWU) oft gehörte These, lässt sich so aber nicht bestätigen. In den nordeuropäischen Ländern hat der EWU-Prozess vor allem formale Anpassungen der Zentralbankgesetzgebungen, aber nicht grundlegende Kursänderungen in der Geldpolitik nötig gemacht. Als sie die Maastrichter-Verträge ratifizierten, hatten alle diese Länder bereits einen auf Preisstabilität bedachten geldpolitischen Kurs eingeschlagen. In den südeuropäischen Mitgliedsländern ist vor allem die Hebelwirkung dieses Integrationsprozesses zu nennen. Die verschiedenen Anstrengungen, einen härteren geldpolitischen Kurs zu fahren, konnten hier nicht vor Mitte der 90er Jahre umgesetzt werden. Erst die Aussicht auf eine, durch die anderen EU-Länder abgestützte, starke Währung gab den Regierungen und Zentralbanken dieser Länder genug Rückhalt, um sich gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften und Parteien nach einer expansiven Geldpolitik durchzusetzen.

#### **(4) Ergebnisse der Teilstudie ‚Muster institutioneller Reformen‘**

Bei dieser Teilstudie handelt es sich um ein noch laufendes Folgeprojekt, das die ursprüngliche Fragestellung des Projekts auf dem Hintergrund der bisherigen Befunde wieder aufnimmt. Untersucht werden vier Institutionen: Konkordanzdemokratie, Korporatismus, Föderalismus und Wohlfahrtsstaat. Auf der Basis von Aggregatdaten und von qualitativen Daten wird argumentiert, dass sich im Untersuchungszeitraum in den untersuchten OECD Ländern

- (a) ein institutioneller Wandel in den vier untersuchten Bereichen vollzogen hat,
- (b) dass dieser Wandel pfadabhängig war und die relative Position der Länder zueinander nicht wesentlich verändert hat: ein stark föderalistisches Land im Jahr 1970 ist beispielsweise auch im Jahr 2000 stark föderalistisch,
- (c) dass eine Reihe institutioneller Optionen am Ende des Untersuchungszeitraums schwerer zu verwirklichen waren als am Anfang: dazu gehört eine strikt zentralistische oder unitarische Staatsorganisation, ein Wohlfahrtsstaat, der sich nur an einem Ziel orientiert, bzw. nur ein Instrument einsetzt (siehe auch Projekt Armingeon/Bonoli/Bertozzi), eine klientelistische Konkordanzdemokratie und eine reine Westminster-Demokratie, und pluralistische und keynesianisch-korporatistische

Staat-Verbände-Beziehungen. Folgende Optionen sind hingegen leichter ergreifbar: Dezentralisierung oder Föderalisierung; Mischtypen des Wohlfahrtsstaats in dem sich liberale, konservative und sozialdemokratische Elemente ergänzen; Demokratien die auf die Mehrheitsentscheidung als zentrale Entscheidungstechnik verzichten ohne Klientelismus oder weitgehend undurchsichtige Verhandlungsprozesse und verhandlungsförmige Beziehungen zwischen Staat und Verbänden ohne (keynesianische) Ausgleichszahlungen für Konzessionen der Verbände.

- (d) Dass diese Veränderung der Attraktivität von institutionellen Optionen auf eine Vielzahl von institutionenspezifischen Variablen zurückgehen. Freilich finden sich in allen institutionellen Bereichen drei Variablen, die erhebliche Erklärungskraft für den institutionellen Wandel haben: Die Institution zum Zeitpunkt t-1, die Internationalisierung und die Veränderung der herkömmlichen Formen der politischen Integration. Die Institution zum Zeitpunkt t-1 bestimmt den Startwert, von dem aus Veränderungen stattfinden. Die Internationalisierung ‚verteuert‘ oder ‚verbilligt‘ bestimmte Optionen und die Veränderungen der Form der politischen Integration ermöglicht es Parteien und Verbände, neue Ziele zu definieren und neue Koalitionen zu bilden, die es ermöglichen, dass institutionelle Optionen wahrgenommen werden können, ohne den Verlust von Wählern, Anhängern oder Mitgliedern zu riskieren

### **III Schlussfolgerungen und Implementation**

Das Ziel des Projekts war zur Forschung im Bereich des institutionellen Wandels beizutragen. Wir können diesbezüglich drei substantielle Ergebnisse präsentieren. Erstens: Institutioneller Wandel ist gar nicht so selten. Um die Dynamik des Wandels zu verstehen, ist es allerdings wichtig nicht nur Reformen der formalen Regeln und Gesetze zu beachten, sondern deren Handhabung in der Praxis, da es durchaus möglich ist, dass sich innerhalb derselben legalen Hülle ein neues dauerhaftes Politikregime entwickelt. Zweitens: Gewisse Handlungsoptionen sind durch die Internationalisierung der Märkte und die verstärkte internationale politische Integration immer weniger greifbar. Der Druck zur Anpassung betrifft die Länder mit solchen nicht mehr greifbaren institutionellen Arrangements. Drittens: Wann und in welcher Form diese Anpassung geschieht, hängt vom nationalen politisch-institutionellen Kontext ab.

Teilresultate haben wir an verschiedenen wissenschaftlichen Seminarien und Konferenzen bereits zu Diskussion gestellt (Siehe Zusammenstellung unten). Daraus haben sich bisher auch eine Reihe von Publikationen ergeben, weitere Veröffentlichungen sind geplant.

Die Projektarbeiten sind auch in die Lehre eingeflossen: So zum Beispiel in Hauptseminare und Seminare an der Universität Bern (2001, 2003), an der Duke University (2002) und an der Universität Innsbruck (2003).

Der Typus dieser Art von Forschung stösst verständlicherweise nicht auf ein grosses Interesse der Medien, da sich diese vor allem für aktuelle und Schweiz-bezogene Themen interessieren. Auch das Interesse von Politik und Verwaltung muss gering sein, weil es sich bei unseren Befunden nicht um unmittelbar verwertbare Kenntnisse handelt. Insofern besteht eine realistische Diffusionsstrategie darin, diese Ergebnisse in der Lehre einfliessen zu lassen. Die Resultate bilden Orientierungswissen unserer Absolventen, das ihnen als zukünftige Journalisten, Politiker oder Verwaltungsbeamte dienen kann. Von dieser Möglichkeit der Vermittlung in der Lehre haben wir ausführlich Gebrauch gemacht.



## Konferenzpapiere

Armingeon, Klaus: 'Regime shifts. Switzerland and Japan in comparative perspective', Paper prepared for the Japanese-Swiss Seminar, Tokyo, September 25-27, 2001.

Armingeon, Klaus, Michelle Beyeler und Harmen Binnema: 'The Changing Politics of the Welfare State - A Comparative Analysis of Social Security Expenditures in 22 OECD countries, 1960-1998'. Tabled paper, ECPR Conference, Canterbury, September 6-8, 2001.

Beyeler, Michelle: 'Changing the role of the state in the economy. External pressure and domestic institutional reform.' Beitrag am Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft. 2./3. November 2000 in Balsthal.

Beyeler, Michelle: 'Political integration, market integration and domestic welfare reforms.' Paper prepared for the meeting of the COST A15 working group 1, Berlin, April 26-28, 2001.

Beyeler, Michelle: 'Shifts in central bank independence – a comparative analysis of institutional reform.' Beitrag am Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft. 8./9. November 2001 in Fribourg.

*Beyeler, Michelle: 'The resiliency of macroeconomic policy regimes. A comparative analysis of central bank reforms' Paper prepared for the 30<sup>th</sup> ECPR Joint Sessions of Workshops, Turin, 22-27 March 2002, Workshop 3: 'How Economic Integration Matters: Europeanisation, Discourse and Policy Regimes'*

## Wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten

Michelle Beyeler: 'The paths to price stability. A comparative study on reforms of monetary policy regimes' Dissertation, wird demnächst der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern zur Begutachtung vorgelegt. (Erstgutachter: Klaus Armingeon, Zweitgutachter: David Soskice).

## b) Veröffentlichungen

Beyeler, Michelle: 'Globalization, Europeanization and Domestic Welfare State Reforms - New Institutional Concepts' erscheint in *Global Social Policy*. Sommer 2003.